



AMNESTY INTERNATIONAL · ANTIFA · ARBEITSKREIS ASYL · ATTAC · BEIRAT FÜR MIGRATION UND INTEGRATION · BGS · BI LEBENSQUALITÄT STATT FLUGPLATZAUSBAU · BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · CDU · DGB STADTVERBAND · INITIATIVE STADTRUNDGANG JÜDISCHES LEBEN · DIE LINKE · DPSG DOM · DPSG ST. KONRAD · EVANGELISCHE GEFÄNGNISSELSORGE · EVANGELISCHE GESAMTKIRCHENGEMEINDE · FDP · IG METALL · INITIATIVE FREIRAUM · JÜDISCHE GEMEINDE · JÜDISCHE KULTUSGEMEINDE · JUGENDSTADTRAT · JOSOS · KATHOLISCHE DOMPFARREI · KOPF HOCH JAPAN E. V. · NATURFREUNDE · ÖDP · PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND DFVW · PAX CHRISTI · PERSONALRAT DER DEUTSCHEN RENTENVERSICHERUNG · RING POLITISCHER JUGEND · ROCKMUSIKER-VEREIN E.V. · ROSA LUXEMBURG CLUB · SCHÜLERRAT · SPD · STADTELTERNAUSSCHUSS DER SPEYERER KITAS · STEUERUNGSGRUPPE / STADT OHNE RASSISMUS, STADT MIT COURAGE · SWG · TÜRKISCH-ISLAMISCHE GEMEINDE · VER.DI VERTRAUENSLEUTE · VIETNAMESISCHE SCHULE · WELTLADEN · ZWANZIG10 / JUGENDKULTUR E.V.

FRIEDLICH, GEMEINSAM & ENTSCHLOSSEN GEGEN RASSISMUS & HETZE

Dieses Flugblatt kann bezogen werden über kontakt@buendnis-speyer.de
IMPRESSUM: STADT SPEYER, MAXIMILIANSTR. 100, 67346 SPEYER
IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILCOURAGE



<https://www.buendnis-speyer.de/kontakt@buendnis-speyer.de>

Fakt ist auch: anerkannte Flüchtlinge finden in Speyer keine Wohnung

Von den verfügbaren und belegten Plätzen sind mehr als 50 Prozent (210 Plätze) durch anerkannte Flüchtlinge belegt. Diese Flüchtlinge finden auf dem regulären Wohnungsmarkt der Stadt Speyer derzeit keine Wohnungen, so dass die Stadtverwaltung für Asylsuchende vorgesehenen Sammelunterkünften in den angemieteten und eigentlich für Asylsuchende vorgesehenen Sammelunterkünften oder Wohnungen belässt - ansonsten wären sie obdachlos.

2016 und 2017 mussten über 70 Haushalte von Geflüchteten in der Regel aufgrund einer geschlechterten Wohnungssuche aus Speyer wegziehen, darunter in nicht unbeträchtlichem Maße Haushalte mit 2 bis 5 Kindern. Bekannt ist auch, dass viele Flüchtlinge in Wohnungen ziehen, die aufgrund ihrer Ausstattung und Mängel (Schimmel, mangelhafte Heizung, Lage) auf dem normalen Wohnungsmarkt keine Chance hätten. Es gibt auch VermieterInnen, die die Not der Geflüchteten ausnutzen, indem sie an und für sich nicht markt-fähige Wohnungen anbieten.

1) Quellen soweit nicht anders angegeben: https://www.speyer.de/sv_speyer/de/Leben%20in%20Speyer/f%C3%BCchtlinge,%20Asyl/



Das wird man doch noch fragen dürfen:

„Nehmen Asylsuchende und Flüchtlinge uns den Wohnraum weg?“



Fakt ist: Flüchtlinge tragen einen geringen Anteil zur Wohnungsnot bei.

In Speyer gibt es derzeit etwa 25.600 Wohnungen. Alle ausländischen MitbürgerInnen zusammengekommen, die bisher in Speyer Schutz vor Verfolgung oder Krieg erhalten haben, belegen nur 1,1 Prozent des Speyerer Wohnraums.

Richtig ist auch: 80 Prozent der Flüchtlinge leben in Sammelunterkünften

Die Stadt Speyer hält derzeit (Mai 2018) 680 Plätze für Asylsuchende bereit, die auf ihre Anerkennung als Flüchtlinge warten. 80 % dieser Plätze (570) werden in Sammelunterkünften mit 25 und mehr Plätzen vorgehalten. Nur 110 Plätze (20 %) werden von Wohnungsbaugesellschaften, kirchlichen Institutionen und Privatleuten im Wege der Vermietung an die Stadt zur Verfügung gestellt ⁽¹⁾

Richtig ist also: Flüchtlinge nehmen uns keine Wohnungen weg.

Diejenigen, die den Sechser im Lotto gezogen haben, weil sie eine Wohnung gefunden haben, stellen nur einen kleinen Teil der Flüchtlinge dar. Der größte Teil der Geflüchteten ist gezwungen, aus Speyer wegzuziehen oder längere Zeit obdachlos/rechtlich eingewiesen, vornehmlich in Sammelunterkünften zu verharren.

Keine Spaltung der Speyerer in „Inländer“ und „Ausländer“ - für ein demokratisches Miteinander aller Menschen in unserer Stadt!

Mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Speyererinnen und Speyerer schaffen

Um mehr Menschen in Speyer bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen gibt es konkrete Pläne und weitergehende Vorschläge und Forderungen:

Bereits beschlossen ist: die Förderung zum Erwerb von bezahlbaren Eigentumswohnungen und Eigenheimen zum Beispiel durch Grundstücksangebote im Erbbaurecht.
Bereits beschlossen ist die soziale Quote von 30 Prozent bei allen Neubauprojekten.
Bereits beschlossen ist: Die Stadt baut jährlich mindestens 50 Wohnungen mit der GEWO.

Weitergehende Forderungen sind:

Zwei Drittel der SpeyererInnen wohnen in Miete. Entsprechend dem Bedarf muss der Mietwohnungsbau massiv gefördert werden. Bei der Inangriffnahme neuer Bauprojekte muss gelten: Bezahlbarer Wohnungsbau hat oberste Priorität!
Kirchliche Eigentümer von Bauland („Spitalgelände“, „Seppelskasten“) sollen dieses Gelände für bezahlbaren Wohnraum bereitstellen.

Ausblick: Mehr bezahlbarer Wohnraum - für alle Speyererinnen und Speyerer

Die Stadt muss sich für Neuauflagen von Förderprogrammen im Bund und Land (Förderung gemeinnütziger Wohnungsbau, Eigenheimzulage) stark machen.
Die Stadt Speyer hat ihre Wohnungsbaugesellschaft GEWO nicht wie viele andere Städte verkauft. Die öffentlichen, genossenschaftlichen und kirchlichen Wohnbauunternehmen (Stadt GEWO; Baugenossenschaft GBS; Wohnungsgesellschaft der Diözese GSW) sind wichtige Akteure im Wohnbau. Ihnen gehört in Speyer ein Drittel aller Mietwohnungen und die meisten geförderten Wohnungen.
Die Anzahl der Sozialwohnungen liegt mit 1.500 auf einem Tiefstand. Um die Zahl zu erhöhen müssen alle Anstrengungen unternommen werden. Geplant sind jährlich mindestens 50 neue geförderte Wohnungen, Gewerkschaften und Sozialbündnisse fordern 2.000 neue geförderte Wohnungen in den kommenden Jahren.

Geflüchtete haben größere Probleme als Deutsche, auf dem privaten Wohnungsmarkt von Speyer eine Wohnung zu finden

In einer Ende 2017 durchgeführten Umfrage der Speyerer Freiwilligenagentur in 43 Flüchtlingshaushalten in Speyer hat sich u.a. folgendes gezeigt:

90 % der Befragten nannten als größtes Problem die sehr wenigen KdU-fähigen Wohnungsangebote in Speyer (KdU: Kosten der Unterkunft, die im Rahmen der Angemessenheitskriterien ²⁾ vom Jobcenter übernommen werden).

Etwa zwei Drittel haben die Unerwünschtheit Geflüchteter sowie generell von AusländerInnen oder SozialleistungsempfängerInnen als Grund für das Scheitern der Wohnungssuche genannt.

Ein Viertel der Befragten nannte als häufiges Problem die Präferenz der VermieterInnen für die Stadt Speyer als Hauptmieterin, weil unterstellt wird, dass die durch das Jobcenter zu überweisende Miete ausbleiben könnte.

10 % der Befragten nannten oder vermuteten als Grund, warum die Anmietung auf dem regulären Wohnungsmarkt scheiterte, Vorbehalte der VermieterInnen gegenüber Kindern.

Ein 2015 durchgeführter Test der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zeigt folgendes:

55% der TesterInnen, die als „deutsch“ identifiziert wurden, erhielten bei Wohnungen mit weniger als 50 qm eine Wohnungszusage, bei den TesterInnen mit Migrationsgeschichte waren es nur 23 Prozent. 59 Prozent der TesterInnen mit christlichem Glauben erhielten eine Wohnungszusage, dagegen traf dies nur auf 18 % der Bewerberinnen jüdischen oder muslimischen Glaubens zu.

Die Antidiskriminierungsstelle kam deshalb zum Ergebnis, dass MigrantInnen in Deutschland auf dem Wohnungsmarkt von rassistischer Diskriminierung betroffen sind ³⁾.

2) Angemessenheitskriterien

https://www.speyer.de/sv_speyer/de/Leben%20in%20Speyer/Fl%C3%BChtlinge,%20Asyl/Aktuelles/30_171202Angemessenheitskriterien.pdf

3)http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Wohnungsmarkt_20150615.pdf?__blob=publicationFile